

**Zeitschrift:** FemInfo / Verein Feministische Wissenschaft Schweiz = Association suisse femmes, féminisme, recherche

**Herausgeber:** Verein Feministische Wissenschaft Schweiz

**Band:** - (2005)

**Heft:** 2

**Rubrik:** Seitenblicke : Wissenschaftspolitik = Regards sur la politique scientifique

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 09.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

.....  
**TAGUNGSBERICHT**  
.....

## Genus Oeconomicum

An der dritten internationalen Gender Studies-Tagung «Genus Oeconomicum» – zur Ökonomie der Geschlechterverhältnisse, welche am 24. und 25. Februar 2005 an der Universität Zürich stattfand, nahmen rund 100 Personen – vorwiegend Frauen teil. Organisiert wurde die Tagung vom Kompetenzzentrum Gender Studies der Universität Zürich und dem Frauenrat der Universität Konstanz. Im folgenden Text werden das Hauptreferat von Fabienne Peter und die Beiträge von Gabriele Michalitsch und Susanne Schunter-Kleemann dargestellt.

### We-Reasoning

Das erste Referat hielt Dr. Fabienne Peter zum Thema «Ökonomische Rationalität und Handeln aus Commitment (Verpflichtung). Ist Handeln aus Commitment rational?». Sie stellte sich der nicht einfachen Aufgabe, eine Antwort auf die Frage zu finden, was denn die spezifische Rationalität von Handeln aus Verpflichtung ausmacht. Dabei knüpfte sie an die frühe Kritik von Amartya Sen, die den Homo oeconomicus als rationalen Trottel entlarvt hat, an. Ihm fehlt die Fähigkeit, zwischen verschiedenen Handlungsmotivationen zu unterscheiden. Handeln geschieht nicht nur aus Eigeninteresse, sondern auch aus «Commitment» – zu bestimmten Werten zum Beispiel. Eine

rational denkende Person kann durch Commitment dazu gebracht werden zu kooperieren.

Für die feministische Ökonomie ist Sens Kritik von Relevanz, weil sie Raum öffnet für eine komplexere Theorie sozialen Handelns. Um es vorweg zu nehmen, eine befriedigende Antwort ist nicht einfach zu finden.

Der Homo oeconomicus als rationales Wesen entscheidet sich in Situationen so, dass für ihn der grösste Nutzen resultiert. Es gibt Situationen im Leben, bei denen durch Kooperation der grösste Gewinn gezogen wird. So beispielsweise beim Gefangenendilemma, das in der Spieltheorie ein beliebtes Modell ist, um zu erklären was Kooperation bringt. In der Spieltheorie werden die Erkenntnisse nicht anhand der Feldforschung gewonnen, sondern in Form von Spielen am Computer, auch experimentelle Ökonomie genannt. Diese kann die Reflexion über alternative Rationalitätstheorien anregen, aber nicht ersetzen.

Es bestehen drei Ansätze, die nicht dazu beitragen, Erklärungen der Rationalität von Commitment zu finden: dogmatische Ansätze, Trottel sind die, die sich nicht modellhaft verhalten; der nostalgische Ansatz ist kompatibel, d.h. es ist im Eigeninteresse, aus Commitment zu handeln, weil wir uns nach einer Spende wohl fühlen und der dritte revidierter nostalgische Ansatz, bei dem das Standardmodell um so viele Präferenzen erweitert werden muss, dass er zur einen Spekulation verkommt. Ein halbherziger Rettungsversuch.

Erfolgreicher Ansatz ist das «We-Reasoning», denn es erklärt Rationalität von Handeln aus Commitment durch Bezug auf ein «Wir» statt auf ein «Ich»<sup>1</sup>. Es ist ein Handeln mit der Antwort auf die Frage: Was sollen wir tun? Nicht, was soll ich tun? Ein Paradigmenwechsel. Vor der Frage müssen wir jedoch zuerst klären, was wir sind und erst dann kann das rationale Handeln vollzogen werden<sup>2</sup>. Dies ist ein Handeln gegen unsere isoliert verstandene Wohlfahrt und setzt Bereitschaft voraus, Kosten auf uns zu nehmen, weil wir dadurch gewinnen.

Es stellt sich jedoch die Frage, wie das Ich zum Wir kommt. Für Fabienne Peter ist es eine psychologische Tatsache, dass wir Wir sind. Ich oder Wir kann nicht rational entschieden werden. Es ist eine vorrationale Entscheidung. Ein Wechsel ist somit möglich. Sie erwähnt jedoch auch, dass wir in gewissen Situationen eine irrationale Hinwendung zum Wir haben. Ganz nach dem Motto: Schau doch endlich auf dich selbst.

Weiter stellt sich die Frage wie Gruppenzugehörigkeit gewählt wird. Zum Beispiel kann sich eine Frau fragen, ob sie sich in einer politischen Frauengruppe engagieren soll. So entsteht eine Wahlsituation, in der das Individuum entscheiden muss. Judith Butler weist in ihrem Buch «Gender Trouble» (1990) darauf hin, dass Wahrnehmung von Frau und Mann als homogene Gruppen mit homogenen Interessen, zu «an unwriting regulation and reification of gender relations» führt. Es ist also ein Dilemma, dass beim «We-Reasoning» die Zugehörigkeit nicht wählbar ist, weil sonst das Homo oeconomicus-Prinzip

folgt. Aus gendertheoretischer Sicht kann das Wir nicht als gegeben betrachtet werden, sonst schränken wir wieder ein. Somit scheint es, dass die «Zwangsjacke der Präferenz» nicht einfach abzustreifen ist. Es fehlt eine befriedigende alternative Theorie über die Struktur rationalen Handelns. Alternative dazu könnte sein: Wir-Praxis statt Wir-Identität.

In der anschließenden Diskussion wurde die Problemlosigkeit der Nutzenmaximierung auf der kollektiven Ebene eingebracht. Peter erwidert, dass nicht eine kollektive Nutzenmaximierung besteht, sondern dass die Betonung der Zwecke in die Beziehungen eingebracht werden sollte. Weiter wurde angeführt, dass das Ich als rationales Wesen sein Handeln erklären, jedoch nicht als Wir handeln, sondern sich nur darauf beziehen kann. Peter antwortet, dass es nicht um Ich und Ich-Verhandlungen geht, sondern es geht vom Wir aus. «We-Reasoning» ist keine Verhandlungssituation, sondern ein Zustand. Sie kritisiert die kantische Philosophie, die von einem isolierten Individuum ausgeht. Der Versuch liegt darin, die Beziehung des «Ichs» in die Diskussion einzubringen: «Moralität und Rationalität sollen zusammen im Königsreich der Zwecke «des Wirs» regieren.»

#### **Workshop «Privatisiert»**

In einem der vier Themenblöcke mit entsprechenden Workshops konnte das Wissen vertieft werden. Ich fand mich wieder im Workshop mit dem Titel «Privatisiert»: Geschlechterimplikationen neoliberaler Transformation und Gouvernamentalität. Geleitet wurde dieser von Gabriele Michalitsch.

Der Mensch ist folgenden Werten ausgesetzt: Selbstverantwortung, Konkurrenz, Erfolgszwang, Leistungsdruck. Das «ökonomische Tribunal» ist in uns selbst angelegt. Neoliberalismus bedeutet nicht nur einen Umbau von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat, sondern auch vom Subjekt und dessen Lebensstil.

Im Folgenden werden kurz die fünf Dimensionen des neoliberalen Denkens skizziert: Erste Dimension bildet die Privatisierung. Diese wird oft verkürzt als Überführung vom Öffentlichen ins Private gesehen. Die Effizienzkriterien werden jedoch auch in den Dienstleistungen angewendet, wo sie zu Auslagerungen von gewissen Teilbereichen führen. Zum Beispiel hat die Österreichische Bahn ihr Reinigungspersonal privatisiert, was einerseits vor allem Frauen betrifft, weil sie in der Reinigungsbranche tätig sind und zu Lohnabbau andererseits führt. Zweite Dimension bilden die Deregulierungen im Arbeitsmarkt. Dieser zerfällt in Teilarbeitsmärkte, d.h. Männerkern und Frauen marginalisiert. Die Ungleichheiten im Arbeitsbereich werden im privaten Raum fortgeschrieben. So werden Geschlechterungleichheiten im sozialen Bereich verstärkt, d.h. mehr Frauen sind von Armut betroffen (working poor). Die dritte Dimension umfasst den Rückbau des Staates und die «Verschlankung» der Verwaltung führt zu Stellenabbau, was auch Frauen trifft. Gerade im öffentlichen Bereich, wo Antidiskriminierungsverbote bestehen und Frauenförderung vollzogen wird, werden den Frauen Chancen genommen. Entdemokratisierung heisst auch zurückdrängen von Frauen aus Entscheidungsgremien. Die Einflussnahme von Frauen wird geschwächt. Die Führung des Staa-

tes wird MangerInnen überlassen. Die vierte Dimension beinhaltet die Ersetzung von öffentlichen Leistungen durch Transferzahlungen. Statt Institutionen für Alters- oder Kinderbetreuung zu bezahlen, werden stattdessen individuelle Beiträge ausbezahlt. Ein weiteres Beispiel sind die Pensionskassen. Betriebspensionskassen sichern männliche Arbeitnehmende gut ab. Teilzeitarbeitende Frauen müssen sich in Privatpensionskassen einkaufen, was sie sich zum Teil nicht leisten können. Grundsätzlich kann festgestellt werden, dass wenn der Einkauf von professioneller Hilfe über den Markt nicht funktioniert, weil zum Beispiel die Gelder nicht ausreichen, die Aufgabe als unbezahlte Arbeit auf die Frau zurückfällt. Dabei fällt mir spontan die Tagesschulproblematik in der Schweiz ein. Die Ganztagesbetreuung von Schulkindern wird nach wie vor nicht als Staatsaufgabe gesehen.

Dieses Vorgehen der individuellen Auszahlungen wird vor allem deshalb kritisiert, weil Individuen im Gegensatz zu Verbänden und Institutionen keine Ressourcen zum Lobbyieren aufweisen. Der gouvernementale Bereich stellt die letzte Dimension dar. Darunter wird die Einschränkung des demokratisch kontrollierbaren Raums verstanden. Einige Probleme werden individualisiert und entziehen sich so dem gesellschaftspolitischen Entscheid.

In der anschliessenden Diskussion wurde die Hoffnung geäussert, dass der Neoliberalismus im Gegensatz zum Wohlfahrtsstaat, der das Patriarchat gestützt hat, Veränderungen bringen

könnte. Michalitsch teilt diese Hoffnung nicht. Neoliberalismus ist nicht zwingend ein Geschlechterprojekt, sondern ein Marktprojekt. Die Nachteile, die es für Frauen bringt, werden ignoriert oder zumindest findet kein Gegensteuer statt. Sie sieht in Gender Mainstreaming oder Gender Budget nicht die geeigneten Instrumente, um die Rückschläge aufzufangen. Als Beispiel fügt sie die Diskussion um die Rentensicherung an. Einige Politiker fordern die Frauen auf, vermehrt Kinder zu gebären, um das Sozialwerk zu sichern.

Sie schilderte prägnant das doppelte Gesicht des Neoliberalismus. Das heisst, er tut so, als ob MarktakteurInnen kein Geschlecht haben und vertritt Gleichheit, obwohl das Resultat gerade Ressourcenunterschiede sichtbar macht.

### **Workshop: GATS und seine geschlechterpolitische Folgen**

Im Workshop «Das General Agreement on Trade in Services (GATS) und seine geschlechterpolitische Folgen» rückten vor allem die Frauen, welche in allen Ländern das Gros der Beschäftigten im weltweit expandierenden Dienstleistungssektor darstellen, ins Zentrum.

Anfang der 90er Jahre stellten sich aufgrund der Expansion der Dienstleistungsmärkte, des Heraufkommens neuer Finanzdienstleistungen und der digitalen Revolution völlig neue Probleme in der internationalen Handelspolitik. Diese neuen Aufgabenstellungen trugen mit dazu bei, dass das nach dem Zweiten Weltkrieg unter amerikanischer Hegemonie gegründete Welt-

handelsabkommen GATT in eine stabilere Organisation, die Welthandelsorganisation (WTO), überführt und dieses in den Medien als Juwel internationaler Wirtschaftspolitik im Zeitalter der Globalisierung gefeiert wurde. Die Hoffnung bestand, dass das neue Handelsregime egoistische Machtpolitiken aus den internationalen Handelsbeziehungen zugunsten des Rechts und der Gleichbehandlung der Staaten verdrängen würde, weil die Mächtigen wie die Schwachen einem gemeinsamen Regelwerk unterworfen waren. Die Einhaltung der multilateralen Normen werde eine Verschiebung von «power diplomacy» zu «rule diplomacy» bewirken.

Heute sind tiefste Konflikte und Krisenerscheinungen nicht mehr zu übersehen. In der Doha- Runde 2001 – 2005 wurden weitere Liberalisierungsschritte beschlossen. Ziel ist es, ein Paket zu schnüren, um möglichst viele Staaten dazu zu bringen, ihre Dienstleistungsmärkte für den Privatmarkt zu öffnen. Die Vermarktung bisheriger staatlichen Dienstleistungen soll anhand der Kriterien von Effizienz und Marktnachfrage vollzogen werden.

In den Entscheidungsgremien sind keine ausgewogenen Geschlechtervertretungen. Im Gegenteil, es sind Männerbündnisse. Frauen sind vom Spiel ausgeschlossen. Weiter besteht keine Öffentlichkeit, d.h. es wird geheim verhandelt. Die nationalen Parlamente erfahren erst im Nachhinein, was gelaufen ist. Nicht einmal das Europäische Parlament ist involviert, sondern die Regierungen der einzelnen Länder und deren spezielle Han-

delsminister. Die Einflussmöglichkeiten seitens der Frauen sind stark eingeschränkt. Die Folgen jedoch tragen sie zu einem grossen Teil voll und ganz mit.

UL

- 1 Margret Gilbert 1989/1996 spricht von «Plural subjects», Robert Sugden 1993 von «Teamreasoning» (Fussballmannschafts-idee) oder Raimo Tuomela 1995 von «we intentions».
- 2 Aufsatz von Elizabeth Anderson 2001 «Priority of Identity to Rational Principle».

## TAGUNGSBERICHT

## Welches Geschlecht hat das Bruttosozialprodukt?

### Die Gender-Debatte zwischen Dekonstruktion, makroökonomischer Strukturkritik und pragmatischem Eklektizismus

Während einige das Konzept gerne in der Abstellkammer für überholte Ideen einmotten würden, plädieren die anderen für Beibehaltung oder gar für eine Verfeinerung der Analyseinstrumente und einen Ausbau ihrer Reichweite: gender sorgt für hitzige Debatten zwischen Wissenschaftlerinnen, Praktikerinnen und politisch engagierten Frauen.

### Gender – nur ein Etikett?

Dass selbst der verstorbene Papst sich des Begriffs bedient habe, um die ablehnende Haltung des Vatikans gegenüber Homosexualität zu untermauern, nimmt Regina Wecker mit Bezug auf die amerikanische Historikerin Joan Scott als Beispiel dafür, wie gender in den letzten zehn Jahren zum Etikett verkommen sei. Dabei ist die geradezu unheimliche Diffusion des Begriffs ein Ergebnis seines durchschlagenden Erfolgs in den 90er Jahren. Die empirische Anwendung der Kategorie Geschlecht in den Sozial- und Geisteswissenschaften verfeinerte die Analyse sozialer Prozesse, leuchtete Formen der Zuschreibung und gesellschaftlicher Anerkennung aus und benannte die

ungleichen Machtverhältnisse, die aus der symbolischen Ordnung hervor gingen. Trotz Unschärfen, mangels Alternativen und weil in einem Begriff dessen kritisches Potential weiter lebt, auch wenn er durch neue Forschungsergebnisse unter Beschuss gerät, plädierte Regina Wecker für die Beibehaltung von gender in der Forschung.

Die konjunkturelle Blüte von gender in den 90er Jahren erklärt die Historikerin Tove Soiland mit der verblüffenden Anschlussfähigkeit des Konzepts an die neoliberale Logik, deren weltweiter Siegeszug nach dem Mauerfall ungebremsst voran schreitet. Staatliche Gleichstellungsstellen, diversity management oder der neokonservativ gefärbte Vereinbarkeitsdiskurs seien längst zu Vollzugsinstanzen des liberalen Regimes geworden. Weil gender die Geschlechtsidentität und damit das Individuum anspricht, wird der Ansatz zum integralen Bestandteil neoliberaler Prämissen, wobei die strukturelle Dimension weitgehend ausgeblendet bleibt. Das Geheimnis des Erfolgsrezepts: Autonomie und Wahlfreiheit bilden den geschlechtlich codierten Kern der neoliberalen Ideologie, und genau dort schliesst ein gender-Ansatz Butlerscher Prägung an, der Geschlechtsidentität zum Schauplatz ständiger Offenheit und Wandelbarkeit umdeutet. Die von Geschlechternormen unabhängigen Individuen fügen sich, in Anlehnung an Foucaults Gouvernementalitätsbegriff, durch Selbststeuerung nahtlos in die neoliberale Gesellschaftsordnung ein. Mit andern Worten: die einzige Ideologie die noch gilt, ist, dass es keine Geschlechterideologie mehr gibt. Soilands Kritik richtet sich gegen eine Auslegung und

Anwendung des von den Cultural Studies und namentlich durch Judith Butler geprägten gender-Begriffs, die sie als Verengung des Blicks auf die gesellschaftliche Verfasstheit sowie als leichtfertige Aufgabe emanzipatorischer Ziele wahrnimmt. Die Geschlechterforschung thematisiere die Macht des Fordismus, während ihre eigenen Begriffe längst Teil der versteckten Geschlechteragenda der postfordistischen Produktionsverhältnisse geworden seien. In einer Zeit, in der Repression durch marktwirtschaftliche Selbststeuerung abgelöst und keine normativen Vorgaben die Geschlechtsidentität formen, sei der Feminismus mit diesem Verständnis von gender, so Toiland, denkbar schlecht gerüstet.

### **Stärke der Dekonstruktion**

Zwar teilte Patricia Purtschert die Sichtweise ihrer Vorrednerin wonach Frauen überproportional betroffen seien vom gegenwärtigen rasanten Umbau von Staat und Wirtschaft. Die Philosophin ist überzeugt, dass die dekonstruktivistischen Ansätze hinsichtlich der widersprüchlichen Entwicklung der Geschlechterverhältnisse in globalisierten Gesellschaften wichtige Instrumente der Analyse bleiben, die in unterschiedlichen Kontexten unterschiedliches leisten und weder per se liberal noch kritisch seien. Die Stärke der Dekonstruktion liegt im Aufdecken von Naturalisierungspraktiken. Purtschert warb für Differenzierung: Statt einer radikalen Verschiebung von Individuum zu Struktur, von Identität zu Selbsttechnik und von Normen zur Ökonomie, wie Soiland sie fordere, müssten die Schnittstellen dieser Analyseebenen in den Blick genommen werden: «Erst wenn wir

untersuchen, wie ökonomische Ungleichheit mit normativem Zwang gekoppelt ist, wird es interessant.» Statt die Herstellung der vergeschlechtlichten Normen aus der Analyse zu verabschieden steht die Geschlechterforschung vor der Aufgabe, soziale Realitäten zu verstehen, in der Frauen und Männer mit vielfältigen und widersprüchlichen Normen konfrontiert sind. Selbsttechniken sind keine Erfindung der neoliberalen Ära, genauso wenig wie diese auf repressive Praktiken verzichtet. Im Gegenteil, weil sich das Interesse des Staats an selbstregulierenden Subjekten auf eine gesellschaftliche Elite beschränkt, ist eine Mehrheit der Bevölkerung – der 11. September lässt grüssen – zunehmend repressiven Massnahmen ausgesetzt. Soilands Text, so Purtschert, sei demnach die Auseinandersetzung mit einer bestimmten Position: derjenigen der weissen Mittelschichtsfrau. Dass die Analyse vergeschlechtlichter Normen gerade auch für Frauen des Südens politisch brisant ist, zeigte Purtschert an einem Beispiel aus Südafrika, wo von Aids betroffene Frauen aus den hegemonialen Diskursen ausgeblendet und ihre medikamentöse und finanzielle Unterversorgung dadurch legitimiert wird.

### **Spannenden Dissens**

Die Debatte endete in einem «spannenden Dissens», wie Andrea Maihofer vom Zentrum Gender Studies Basel festhielt. Tove Soiland postulierte mit Bezug auf Luce Irigaray, dass die Vergesellschaftung der Frau noch ausstehend sei und daher alle Analysen, deren Gegenstand die heteronormative Zweigeschlechtlichkeit darstellte, das Ziel verfehlten. Butlers erweiter-

ter Konstruktionsbegriff, der auch Rasse oder Klasse einschliesst, bewirke eine Aufweichung der Kategorien. Soiland forderte die Reinstallierung von Geschlecht als primärem Strukturierungsmoment, welches anderen Hierarchien voran gestellt sei. Patricia Purtschert und ihre Forschungskolleginnen vom Zentrum Gender Studies Basel riefen dazu auf, gender nicht auf eine einzelne Dimension – nämlich Identität – zu reduzieren. Gender umfasst soziale Geschlechterordnungen wie sie unter anderen im Arbeitsmarkt oder der Familie wirksam werden, ebenso Geschlechterregimes und gesamtgesellschaftliche Geschlechterverhältnisse – und all dies werde derzeit innerhalb von Gender Studies empirisch untersucht. Zwar sei die Frage nach dem Geschlecht des Bruttosozialprodukts in den 90er Jahren zu wenig beachtet worden und diesbezüglich wurde auch Selbstkritik geübt. Immerhin, es tut sich was, wie im Referat von Nancy Fraser (vgl. WOZ vom 31/03/2005) nachzulesen ist: die Vergeschlechtlichung makro-ökonomischer Verhältnisse gerät zunehmend ins Visier der Gender Studies.

Die Debatte brachte zum Ausdruck, dass Gender Studies das Erbe der feministischen Bewegung in sich trägt, sich aber als wissenschaftlicher Zweig theoretisch verselbständigt hat. Sowohl für öffentliche Politik als auch die Gleichstellungspraxis stellt die Geschlechterforschung keine einfach umsetzbaren Rezepte bereit. Regula Frey-Nakonz, Gleichstellungsbeauftragte des Eidgenössischen Departements für Äussere Angelegenheiten jedenfalls stellte fest, dass sie für ihre Arbeit eher Anregungen aus der Theorie der Organisationsentwicklung, als aus der Ge-

schlechterforschung nehme. Dass der Angriff auf die als dominant empfundene Position von innen kommt, ist ein Zeichen dafür, dass der Forschungszweig heranreift. Die Rednerinnen einigten sich zwar, dass das neoliberale Regime die Gleichstellung der Geschlechter in neuer Weise bedroht und den Feminismus herausfordert – wie ihm theoretisch zu begegnen sei, blieb hoch kontrovers.

Was es braucht, sind empirische Studien, die mit unterschiedlichen gender-Dimensionen arbeiten und für die Theoriebildung fruchtbar gemacht werden. Die kontroversen Positionen liessen sich zum Bedauern einiger Teilnehmerinnen nicht in ein feministisches „Wir“ auflösen. Für eine feministische Politik, darüber verständigten sich die Podiumsteilnehmerinnen zum Tagungsschluss, sind strategische Positionen und klare identitäre Ausgangslagen sowie deren permanente Kritik unabdingbar.

SB

Die Tagung fand unter dem Titel «gender – eine frag-würdige Kategorie» am 16. April in der Paulus Akademie Zürich (PAZ) statt. Sie wurde organisiert von Brigit Keller, Andrea Kolb, Martha Rohner, Daniela Tschudi, Doris Walser, Claudia Weilenmann, Elisabeth Wunderli.

Zu einer Zusammenstellung der Debatte siehe <http://www.woz.ch/dossier/gender.html>

.....  
**TAGUNGSBERICHT**  
.....

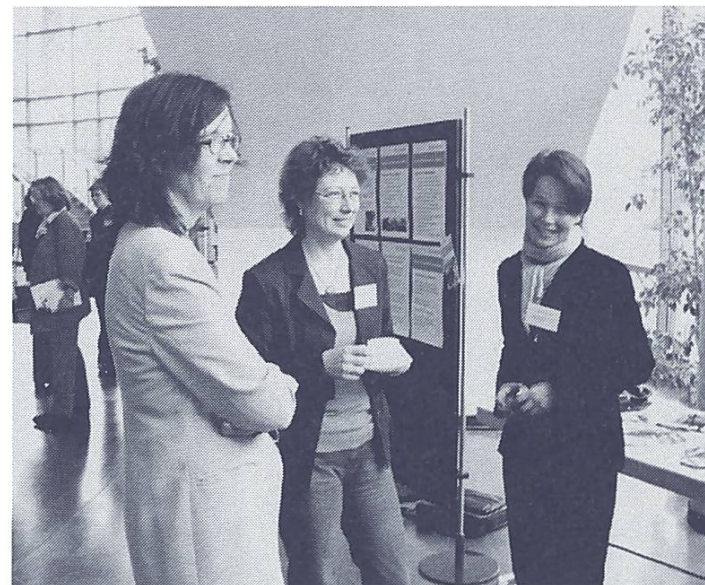
## Studium und Beruf im Wandel

### Wie kommt Gender in die Modernisierungsprozesse der Hochschule?

Mit der zweitägigen Konferenz, welche anfangs April 2005 an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg stattfand, wurde insbesondere den Fragen, wie Gender Mainstreaming in die Weiterentwicklung von Beratung, Wissens- und Praxisvermittlung an Hochschulen integriert werden kann, welche Möglichkeiten die modularisierten BA/MA-Studiengänge für die Berufsbefähigung und die weitere wissenschaftliche Qualifizierung von Frauen und Männern bieten und welche Voraussetzungen dafür geschaffen werden müssen, nachgegangen. Den Hintergrund bildet der Paradigmenwechsel in den Hochschulen, welcher durch den Bologna-Prozess in Gang gesetzt wurde. Die Qualität der Hochschulausbildung soll sich zukünftig verstärkt an der Berufsbefähigung der Studierenden messen. Die Hochschulen sind dabei aufgefordert, geschlechtergerechte Bildungs- und Berufschancen für ihre Studierenden zu schaffen und «Gender-Kompetenzen» zu vermitteln.

Eröffnet wurde die Tagung mit dem Vortragsthema «Studienstrukturreform – Chancengleichheit von Frauen und Männern als

Prozess der Hochschulmodernisierung» von Prof. Dr. Ada Pellert. Die Hochschulreformen im deutschsprachigen Raum sind gekennzeichnet von der staatlichen Ex-ante-Steuerung durch Vorgaben, Gesetze und Verordnungen hin zu höherer institutioneller Autonomie. Die Hochschulen sollen von staatlichen Anstalten zu sich selbst steuernden Organisationen werden, die auch mehr Verantwortung für ihre Aufgaben und Ziele übernehmen. Stärkere Deregulierung im Hochschulbereich geht Hand in Hand mit einem erhöhten Rechtfertigungsdruck und neuen Formen der Qualitätssicherung.



### Organisationsmodell

Im Bereich der Frauenförderung und Gleichstellung war es vorwiegend der Staat, der die Rolle der Impulsgebung übernom-

men hat. Wenn die institutionelle Autonomie der Universitäten erhöht wird, dann bedeutet das nicht, dass Universitäten in geringerem Masse öffentliche Einrichtungen sind. Es wandelt sich in erster Linie das Organisationsmodell. Unverändert bleibt dagegen die Rechenschaftspflicht der Universitäten, etwa in Bezug auf Frauenförderung und Gender-Mainstreaming. Es ist somit nach wie vor eine wichtige staatliche Aufgabe, auf Frauenförderung und Gleichstellung zu achten. Dasselbe gilt für das Monitoring der Umsetzung.

Veränderungsprozesse in Organisationen müssen auf jeden Fall Veränderungen auf drei verschiedenen Ebenen – Individuen, Gruppen und Organisation – umfassen. Daher sind Organisations- und Personalentwicklungen eng miteinander verflochten.

Gender Mainstreaming (GM) ist im Blick auf die Organisation Universität und ihre Entscheidungsprozesse ein der Organisationsentwicklung verwandter Zugang. Es fügt sich gut in das Konzept der neuen hochschulpolitischen Steuerung ein und gibt ihnen eine gleichstellungspolitische Richtung. Dies weil GM die Frage der Geschlechtergerechtigkeit mit der Perspektive der Innovationsfähigkeit einer Organisation und der Ressourcennutzung verbindet. Gender wird zur Kategorie, mit der organisatorische Entscheidungs- und Steuerungsprozesse überprüft werden. GM ersetzt keineswegs spezifische Massnahmen der konkreten Förderung von Frauen – die Gleichzeitigkeit, d.h. ein doppelter Ansatz ist grundlegend für den Erfolg.



### Qualität

GM ist eine Strategie der Qualitätssicherung, weil davon ausgegangen wird, dass diejenigen Faktoren, welche Aufstiegsbarrieren für Frauen im universitären Kontext bilden, auch jene Faktoren sein können, die andere Innovationen, neue Inhalte und interessante Ansätze behindern. Das Thema der Gleichstellung wird damit in einem gewissen Sinne aus der „Armutsfalle“ befreit – es geht nicht um Mitleid mit armen Frauen, sondern es geht um das zentrale Thema einer meritokratischen Institution: Qualität.

Es bestehen auch Risiken wie die Abhängigkeit von GM vom Einsatz der Leitungskräfte, da es sich um eine Top Down-Strategie handelt. Gerade Leitungsaufgaben werden an Universitäten aus vielerlei Gründen oft nur semi-professionell wahrgenommen. Da Universitäten keine klassischen Hierarchien, sondern

ExpertInnenorganisationen sind, ist GM vom Commitment und Engagement aller abhängig (Bottom Up-Stützung). Es ist zwingend, dass universitäre Leitungskräfte auf ihre Aufgabe hingewiesen werden, zur Umsetzung von Frauenförderung an der Universität befähigt, geschult, begleitet und auch belohnt werden.

### **Frau als Erfolgsfaktor**

Das neue Bild, das die Gleichstellung von Frauen nicht als untragbaren Kostenfaktor und bürokratisches Hindernis, sondern vielmehr als Erfolgsfaktor für die Hochschulen betrachtet, als gegenwärtige und zukünftige Humanpotentiale, gilt es zu transportieren. Aus Gründen des (auch ökonomischen) Wettbewerbs und der Qualitätssicherungen wird der Umgang mit Humanressourcen an den Universitäten an Bedeutung zunehmen. Solange jedoch die Verhaltensänderungen nicht Teil der Corporate identity sind und eine kritische Masse an Frauen auf allen Ebenen Funktionen übernommen haben, ist GM im Sinne der aktiven Frauenförderung unabdingbar.

Nele Wasmuth und Ilka Bücher machten sich Gedanken zur Fortbildung zum Thema Gender-Kompetenz. In der ersten Arbeitsrunde sammelten die ca. 30 TeilnehmerInnen in Kleingruppen zunächst Ideen zu Inhalten und Methoden einer solchen Fortbildung. Als Zielgruppen wurden dabei Beraterinnen und Berater sowie Lehrende in den Blick genommen. In der zweiten Arbeitsrunde wurde die Planung in sehr viel kleinerer Zusammensetzung fortgesetzt und die gesammelten Stich-

punkte zunächst neu gruppiert. Die Arbeitsgruppen-Teilnehmerinnen werden ein gemeinsames Internet-Forum schaffen und ihre Planungsarbeit fortsetzen.

In Kooperation mit den Frauenbeauftragten der Hochschulen soll die Fortbildung für Multiplikatorinnen angeboten werden, die das Thema Gender-Kompetenz dann in speziellen Seminaren weiter vermitteln oder aber integrativ damit arbeiten.

Die in der Tagung erstellten Protokolle, z.T. ergänzt durch Aspekte aus der mündlichen Präsentation der Ergebnisse und Beispiele von Best Practice , können im Open Space als PDF-Dokumente heruntergeladen werden:

<http://www.uni-oldenburg.de/gss/13267.html>

- 1 Gender-Mainstreaming bedeutet, eine geschlechtssensible Perspektive in alle Aktivitäten und Massnahmen zu integrieren und alle Vorhaben und Massnahmen auf ihre geschlechts-spezifischen Wirkungen zu überprüfen. Dabei wird von der Tatsache ausgegangen, dass das Geschlechterverhältnis in unserer Gesellschaft ein Ungleichheitsverhältnis ist, dessen Ursache sozial und kulturell erzeugt sind. Auch Universitäten und Wissenschaft sind nach unterschiedlichen Rollen und Positionen von Frauen und Männern organisiert und reproduzieren diese gleichzeitig.

.....  
**TAGUNGSBERICHT**  
.....

## **Qualitätssicherung und Akkreditierung**

Ende April 2005 organisiert der Verband der Schweizer Studierendenschaften (VSS) gemeinsam mit dem StudtInnenschaft der Universität Bern (SUB) die Tagung «Qualitätssicherung an der Hochschule» an der Universität in Bern. Grund für die Tagung war die bevorstehende europäische Konferenz der Bildungsminister in Bergen, welche folgende Themen traktandierten: Anerkennung von Studienleistungen und Abschlüsse, Zwei-Zyklen Studiengänge, Qualitätssicherung und Akkreditierung. Der VSS nahm dies zum Anlass die Tagungsreihe «Bologna goes Bergen» zu lancieren.

Die Umsetzung der Bologna-Deklaration ist in ganz Europa im Gange und muss spätestens 2009 abgeschlossen sein. Direkt davon betroffen ist die Schweizer Hochschullandschaft, aber auch die Studentenschaft, denn das Ziel ist die Studienangebote und –anforderungen vergleichbar zu machen, was zum Teil zu (massiven) Änderungen der Studiengängen führt. Die Vergleichbarkeit soll durch Akkreditierungs- und Qualitätssicherungssysteme, die alle Länder bis 2005 eingerichtet haben müssen, gewährleistet werden. In der Schweiz nimmt diese Aufgabe das

2001 gegründete Organ für Akkreditierung und Qualitätssicherung (OAQ) wahr.

Über die für die Schweiz gültigen Verfahren und Bestimmungen informierte der Direktor des OAQ, Rolf Heusser. Obligatorisch müssen die von den Universitäten eingeführten Qualitätssicherungssysteme alle vier Jahre extern überprüft werden. Die Akkreditierung von einzelnen universitären Einheiten und Studienprogrammen ist hingegen freiwillig und erfolgt auf Antrag der Hochschule. Bis heute liegen dem OAQ entsprechende Anträge aus den Natur- und Wirtschaftswissenschaften sowie der Medizin vor. Hingegen ist noch kein Antrag aus dem Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften eingegangen.

Das OAQ erfüllt zuhanden der Schweizerischen Universitätskonferenz (SUK), die für die gesamtschweizerische Koordination der Tätigkeiten von Bund und Kanton im universitären Hochschulbereich zuständig ist, verschiedene Aufgaben im Bereich der Qualitätssicherung und Akkreditierung. Es erarbeitet Richtlinien und Qualitätsstandards für die Akkreditierung im universitären Hochschulbereich der Schweiz und führt, gestützt auf die von der SUK erlassenen Richtlinien, Akkreditierungsverfahren durch.

In seinem Referat erklärte Rolf Heusser zuerst die Bedeutung von Akkreditierung und Qualitätssicherung für den europäischen Hochschulraum, sowie die aktuelle Situation der externen Qualitätssicherung in Europa. Im Vergleich zu anderen euro-

päischen Ländern hat die Schweiz keine einheitliche Regelung betreffend externe Qualitätssicherung für alle Hochschultypen. Sie ist aber interessiert dies zu ändern, weil nur so die notwendige Anerkennung auch im Ausland gewonnen werden kann. Die Akkreditierungssysteme basieren nach wie vor auf freiwilliger Basis, d.h. dass nur auf Gesuch hin und ohne jegliche Konsequenz geprüft wird, ausser für die Fachhochschulen, für die ist es seit dem 1. Januar 2005 obligatorisch. Dagegen hat die Schweiz eine europäische Vorreiterrolle der internen Qualitätssicherungssysteme aller kantonalen Universitäten. Sicher ist, dass die Rolle der Studierenden in der internen und externen Qualitätssicherung gestärkt werden muss, wie dies in den skandinavischen Ländern bereits der Fall ist.

Therese Steffen Gerber, wissenschaftliche Mitarbeiterin im OAQ, referierte im anschliessenden Workshop über die soziale Dimension und Genderaspekte beim Prozess der Akkreditierung und Qualitätssicherung. Folgende Akkreditierungsstandards für Institutionen sind beim Thema Gender eingeführt worden: Im Bereich Organisation wird geprüft, ob die Institution eine Kommission für Gleichstellungsfragen eingereicht oder für den Zugang zu einer solchen gesorgt hat. Diese bietet Ombudsdienste an und betreibt ein laufendes Monitoring zu Gleichstellungsfragen. Im Bereich Studierende wird geprüft, ob die Gleichstellung von Frauen und Männer verwirklicht ist. Dies geschieht anhand den Fragen: Wie die Studierendenpopulation zusammengesetzt ist oder worin ein allfällig festgestelltes Ungleichgewicht in der Repräsentation der Geschlechter begründet wird.

Akkreditierungsstandards für Studiengänge beinhalten die Strategie, dass die Gleichstellung von Frauen und Männern verwirklicht ist. Dabei werden die Entwicklung der Studierendenpopulation in den letzten fünf Jahren und die Vertretung der Geschlechter in den jeweiligen Jahrgängen betrachtet. Weiter wird gefragt, wie der Gleichstellung im Rahmen der Aufnahmebedingungen, des Aufnahmeverfahrens, der Studienorganisation und -durchführung sowie der Leistungsbeurteilung Rechnung getragen wird.

Die spezifischen Qualitätsstandards, welche die Gleichstellung von Frauen und Männern betreffen verkörpern ein Minimalstandard, d.h. es ist der kleinste gemeinsame Nenner, der gefunden werden konnte. Mögliche Vision für 2008 ist, dass Akkreditierung von Institutionen/Studiengängen auf (inter-)nationaler Ebene mit der Einbeziehung von Gender-Expertisen bei allen Entscheidungen auf allen Ebenen erweitert werden.

Weiter wird nach wie vor diskutiert, ob Genderaspekte als spezifische Qualitätsmerkmal oder als Querschnittsaufgabe mitgedacht werden soll. Im Workshop sind sich die Teilnehmenden einig, dass Gleichstellung als Querschnittsaufgabe gesehen werden muss und nicht als separates Gleis gefahren werden soll. Jedoch heisst dies nicht, dass die institutionellen Formen deshalb aufgelöst werden sollten. Im Gegenteil, es braucht das Expertinnenwissen der universitären Gleichstellungsbüros, um die nach wie vor vorhandenen Ungleichheiten mit geeigneten Massnahmen zu verändern. Weiter können die Gleichstellungs-

beauftragten beim Akkreditierungsverfahren mit einbezogen werden, um so das Verfahren zu verbessern.

Auf der Ebene der Qualitätsstandards für Institutionen/Studiengänge sollten folgende Punkte eingefordert werden:

- Einerseits Einführung von «Gender Modulen», andererseits Gestaltung der Lehrinhalte aller Module in der Weise, dass Genderaspekte als verpflichtender Bestandteil aufgenommen werden;
- Organisation der Studienangebote so, dass Personen im Teilzeitstudium und mit Familienarbeit nicht benachteiligt werden
- Schulung des Lehrkörpers hinsichtlich Genderkompetenz bei Didaktik, Genderkompetenz als Voraussetzung bei neu einzustellenden Personal und Kinderbetreuungsangebote an den Hochschulen.
- Weitere wichtige Instrumente könnten die Checkliste für ExpertInnen zum Qualitätsmerkmal Gender und ein Handlungsleitfaden sein.

Im Gespräch wird klar, dass Gender Mainstreaming in den Richtlinien aufgenommen werden muss, damit die Forderungen nach Gleichstellung der Geschlechter auch in die Standards einfließen. Diese könnten im Gegensatz zu den OAQ Auflagen eingefordert werden. Die OAQ kann zwar Auflagen erstellen. Diese müssen jedoch von der Schweizerischen Universitätenkonferenz abgesegnet und dann innerhalb drei Jahren erfüllt werden. Ein

ziemlich schwerfälliges Verfahren, um Missstände beseitigen zu können.

Zu recht wird die ganze Akkreditierung und somit die OAQ als zahnlöse Tiger bezeichnet, denn die Berichte sind nicht öffentlich. Es werden nur die positiven Punkte nach aussen kommuniziert, die negativen dagegen nicht. Auch das wäre ein Punkt, der in Zukunft verändert werden sollte, damit grössere Transparenz erfolgt.

UL

.....  
**TEILREVISION**  
.....

## Weisungen für die Verwendung von Beiträgen

Der Nationale Forschungsrat hat im Mai 2005 die Weisungen für die Verwendung von Beiträgen teilweise revidiert. Dabei hat er unter anderem die Bestimmungen zur Beitragsfreigabe an die neue, durch die Entlastungsmassnahmen des Bundes erzwungene Verbuchungspraxis angepasst (Ziffer 1) und die Modalitäten einer allfälligen Beitragsmitnahme im Falle eines Wegzugs ins Ausland geregelt (Ziffer 2). Ebenfalls präzisiert wurde die Regelung für Doktorierende um sicherzustellen, dass das vom SNF finanzierte Salär ausschliesslich für die Arbeit an der Dissertation dient (Ziffer 4.5). Weitere Änderungen betreffen finanzielle Bestimmungen bei Mutterschaft und Reisen.

### **Mutterschaft**

Der SNF anerkennt bei Mutterschaft von Mitarbeiterinnen, die über Beiträge des SNF ganz oder teilweise salarisiert werden, die ortsüblichen Regeln bezüglich Mutterschaftsurlaub und Lohnfortzahlung und übernimmt daraus resultierende, allfällige Mehrkosten. Die Leistungen der Mutterschaftsversicherung sind jedoch dem Beitrag gutzuschreiben. Der SNF erhöht nötigenfalls auf Antrag der Beitragsempfängerinnen oder Beitragsemp-

fänger die Höhe und die Dauer des Beitrags entsprechend. Ist die Anstellung einer Ersatzperson für die erfolgreiche Weiterführung der Forschungsarbeiten unbedingt erforderlich, kann der SNF auf Antrag die Anstellung gewähren und einen Zusatzbeitrag sprechen.

Weiter Informationen unter:

[http://www.snf.ch/downloads/allg\\_weis\\_beitragsverw\\_d.pdf?event\\_id=896](http://www.snf.ch/downloads/allg_weis_beitragsverw_d.pdf?event_id=896)